

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

30.11.1931 (No. 279)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
 Karl-Friedrich-
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher
 Nr. 953
 und 954
 Volldirektor
 Karlsruher
 Nr. 5915

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 G. M e n d,
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstag 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Rabattabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Bereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Vortreibung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort: Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Kassenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inferent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bestellen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Groener „Vom Glauben an Deutschland“ Eine Rundfunkrede

Reichsminister Groener sprach am Sonntag im Rundfunk über das Thema „Vom Glauben an Deutschland“. Der Minister malte eingangs ein eindrucksvolles Bild von der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise, in der sich Deutschland jetzt befindet und von dem politischen Haß und Streit, der sich über Stadt und Land bis in das harmloseste Dorf ausbreitet. Eine Reihe von Alibi-Mitteln werde überall zur Befreiung der Notstände angeboten. Mit Protesten allein sei jedoch nichts gewonnen.

Leider sei die Regierung in der gegenwärtigen Lage durch die Gefährdung des Staates und seiner Sicherheit gezwungen, den Weg der Notverordnungen zu gehen. Er, der Minister, gedenke nicht, lediglich mit polizeilichen Mitteln zu arbeiten, sondern habe den brennenden Wunsch, auf die geistigen und moralischen Kräfte des deutschen Volkes einzuwirken, die zur Bewusstseinsbildung zu befähigen und die Gegenkräfte zu mildern. Mit heißem Verlangen möchte er allen Deutschen in Kopf und Seele diesen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft Deutschlands. Der feste Grund, auf dem dieser Optimismus sich aufbauen müßte, solle der Staat und die deutsche Republik sein.

Die Regierung sei nachsichtig, um alle Versuche gewalttätiger Auflehnung mit äußerster Kraft niederzuschlagen. Jeder Ruch sei verboten, wenn das Volk entschlossen Gewalttaten ablehne, wie überhaupt die verrückten Ideen terroristischer Regierungsmethoden. Gewalttaten im politischen Leben des Volkes schädigten das Ansehen Deutschlands auf der ganzen Welt und gefährden seinen Wiederaufstieg.

Noch seien die deutschen Fähigkeiten auf den Gebieten der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik ungebrochen. Warum also verzagen? Vertrauen zum Staat müßte sich vermehren mit dem Vertrauen zu den eigenen Kräfte. Aus Beispielen der Geschichte zeigte der Minister, wie sich Deutschland aus der Tiefe immer wieder zum Lichte emporgearbeitet habe trotz dem uralten Erbteil, der Fivietracht. Eins müßte jeder Deutsche klar erkennen: Daß ein Emporkommen der deutschen Nation wirtschaftlich und politisch nur möglich sei, wenn wir einig seien und treu.

Zum Schluß richtete der Minister an alle die eindringliche Mahnung, treu dem Reich und der Nation zu bleiben. Auch den Arbeitslosen gelte nicht bloß die Hilfsbereitschaft, sondern auch der Handschlag der Treue zum Volke. Die Rede klang aus mit einem Spruch Nietzsches, worin der Dichter und Philosoph zum unerschütterlichen Glauben an Deutschlands Aufstehen mahnt.

Wahlen in Oldenburg-Birkenfeld

100prozentiger Gewinn der Nationalsozialisten
 Bei der Wahl zum Landesausschuß im oldenburgischen Landesteil Birkenfeld, war am Samstag das markanteste Ergebnis der gewaltige Stimmengewinn der Nationalsozialisten um rund 100 Proz., ein Ergebnis, das nur um einen geringen Prozentsatz hinter der absoluten Mehrheit steht. Sie erlangen von den 25 Mandaten nicht weniger als 12. Die Staatspartei ist im Landesausschuß überhaupt nicht mehr vertreten. Gewonnen haben außer den Nationalsozialisten nur noch die Kommunisten, und zwar zwei Mandate.

Es erhielten: Sozialdemokraten 3352 (bei der Reichstagswahl 1930: 5357), 3 Mandate; Sozialistische Arbeiterpartei 347 Stimmen (wahl 6 Mandate); Sozialistische Arbeiterpartei 347 Stimmen, Kommunisten 2982 (1870) Stimmen, 3 (1) Mandate; Bürgerliche Wirtschaftsbereinigende Oberlein 780 Stimmen, 0 Mandate; Bürgerliche Liste Jbar 920 Stimmen, 1 Mandat; Landliste Behand-Engel 1867 Stimmen, 2 Mandate, (die drei letzten Parteien erhielten bei der Reichstagswahl zusammen 8024 Stimmen und im letzten Landesausschuß hatten sie 11 Sitze); Saargängerliste 206, 0 Mandate; Nationalsozialisten 11544 (5885) Stimmen, 12 (1) Mandate; Deutsche Staatspartei 640 (925) Stimmen, 0 (1) Mandate.

Zahl der Stimmberechtigten 36 031; abgegebene Stimmen 26 826, Wahlbeteiligung 75 Proz.

(Die Vergleichsziffern beziehen sich auf die Landesausschuwahlen von 1928, nur bei den Sozialdemokraten ist die Vergleichsziffer der Reichstagswahl herangezogen.)

Zu Oberlein gewannen die Nationalsozialisten bei der Gemeinderatswahl 6 Sitze auf Kosten des Bürgerblocks. Die Sozialdemokraten verloren zwei Sitze an die Kommunisten, die Staatspartei ist überhaupt nicht mehr im Stadtparlament vertreten. Das Zentrum bildet das Jünglein an der Waage, da nunmehr 11 Bürgerlichen 11 Sozialdemokraten und Kommunisten gegenüberstehen.

In Jbar hat die Gemeinderatswahl eine absolute Mehrheit der Nationalsozialisten ergeben. Bei außerordentlich harter Wahlbeteiligung erhielten Sozialdemokraten 689 Stimmen = 2 Sitze (6), Bürgerblock 898 Stimmen = 3 Sitze (8), Nationalsozialisten 2907 Stimmen = 12 Sitze (9), Kommunisten 454 Stimmen = 1 Sitz (1).

Jörgiebel Polizeipräsident in Dortmund. Der frühere Berliner Polizeipräsident, Jörgiebel, wurde auf Beschluß des preußischen Staatsministeriums zum Dortmunder Polizeipräsidenten ernannt.

In Weidensackerkonditionen am Samstagabend in Berlin wurde zu den heftigsten Vorgängen Stellung genommen und verlangt, daß die Führung in Reich und Ländern durch die Tat die Freiheit der Demokratie und den Bestand der Republik sichere.

Letzte Nachrichten

Die Schwierigkeiten des neuen Reichsetats

Offizielle Richtigstellungen

BRN, Berlin, 30. Nov. (Priv.-Tel.) Aus den Ministerbefehringen über die Gestaltung des Reichshaushaltsplanes für 1932 sind mancherlei Einzelheiten in die Öffentlichkeit gelangt, die uns an unterrichteter Stelle als falsch bezeichnet werden.

Zu der Behauptung, daß beabsichtigt sei, die Kapitalertragsteuer auf einen Satz von 30 Proz. zu setzen, und daß hierüber bereits Entwürfe vorliegen, wird uns gesagt, daß ein solcher Entwurf nicht vorliegt. Normalerweise müßten die Vorbereitungen für 1932 schon ziemlich weit gediehen sein. Dieses Verfahren sei der Reichsregierung aber infolge der Unübersichtlichkeit der Einnahmen im Jahre 1932 unmöglich. Die Reichsregierung halte es nicht für zweckmäßig, Berechnungen in lockerem Raum aufzustellen. Tatsächlich stehe man im Reich vor der Tatsache, daß man nicht wisse, woher für 1932 die Mittel für die zwangsläufigen Ausgaben des Reiches genommen werden sollten.

Was die rein technische Arbeit an der Aufstellung des preussischen Haushaltsplanes für 1932 anlangt, ist die preussische Staatsregierung weiterhin geneigt, ihren Etat im Januar dem Parlament zuzuleiten. Es ist gesagt worden, daß der neue preussische Haushaltsplan ein Defizit von 500 Millionen aufweisen werde. Hierzu hören wir, daß dieser Betrag als überschüssig gelten könne.

Die bevorstehenden Schuldenverhandlungen

Abreise der amerikanischen Sachverständigen

BRN, New York, 30. Nov. (Tel.) Drei hervorragende amerikanische Finanzsachverständige sind am Bord der „Olympic“ nach Europa abgereist, und zwar der Präsident der Chase National-Bank, Albert Wiggin, der Präsident der BZ, Gates McGarragh, und der Finanzsachverständige Walter Stewart. Der letztgenannte wird amerikanischer Vertreter im Beratenden Ausschuss der BZ sein. Er soll die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationszahlungen prüfen. Wiggin ist amerikanischer Vertreter im Ausschuss der ausländischen Gläubiger Deutschlands. Er soll die Frage der eingefrorenen Kredite behandeln.

Schutzmaßnahmen amerikanischer Gläubiger

BRN, New York, 30. Nov. (Tel.) Die „New York Times“ melden, daß Bemühungen im Gange seien, einen Ausschuss zum Schutze der Interessen amerikanischer Inhaber deutscher Dollarbonds zu bilden. Es handle sich um eine Summe von annähernd 1.250.000.000 Dollars. Es wird betont, daß dies lediglich eine Vorichtsmaßnahme darstelle, die teilweise auch durch die Erklärungen Lokals veranlaßt worden sei, daß eine Priorität der privaten Schulden gegenüber den Reparationszahlungen nicht zulassen werde.

Französisch-englische Wirtschaftsverhandlungen

Flandins Londoner Besprechungen

BRN, Paris, 30. Nov. (Tel.) Der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“ bezeichnet die Besprechungen, die Finanzminister Flandin in London geführt hat, als den Beginn sehr wichtiger und langwieriger Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung. Die Verhandlungen werden folgende drei Punkte betreffen: 1. die Frage der Zolltarife, besonders für englische Kohle, französische Früchte und Frischgemüse, 2. die Frage der Reparationen, Kriegsschulden und kurzfristigen Deutschland gewährten Kredite, 3. die eventuelle Stabilisierung des Fundes.

Ferner ist der französische Botschafter in London angewiesen worden, Verhandlungen mit der britischen Regierung über die neuen Einfuhrabgaben einzuleiten. Der französische Handelsminister werde demnächst London besuchen, um eine Eröffnung der Verhandlungen persönlich zu überwachen.

BRN, London, 30. Nov. (Tel.) Verschiedene Blätter äußern sich zu dem Besuch des französischen Finanzministers in London.

Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ will wissen, daß Neville Chamberlain dem französischen Minister erklärte, Großbritannien sei bereit, über einen neuen Handelsvertrag mit Frankreich zu verhandeln. Der liberale „News Chronicle“ sagt, Deutschland würde durch einen hohen britischen Schutz Zoll zugrunde gerichtet werden, aber auch für ganz Europa würde er einen schweren Schlag bedeuten. Die einzige Hoffnung liege in der Beseitigung der künftigen Schranken zwischen den Nationen. — Der sozialistische „Daily Herald“ verweist darauf, daß die Franzosen in der fernem Zeit zur Verteidigung des britischen Goldstandards gewählten Anleihen ein Druckmittel hätten.

Erneute Kündigung des Lohntarifs für den Ruhrbergbau.

Der Zechenverband hat — wie aus Essen gemeldet wird — den Lohnvertrag für den Ruhrbergbau mit der vorgeesehenen vierwöchigen Frist zum 31. Dezember 1931 wieder gekündigt. Der Lohnvertrag war am 26. November vom Schlichter unverändert verlängert und vom Reichsarbeitsminister am vergangenen Samstag für verbindlich erklärt worden.

Die Selbsttötung in Baden im Jahre 1930

(Bearbeitet vom Bad. Statistischen Landesamt)

Die Gesamtzahl

Die Ermittlungen des Bad. Statistischen Landesamtes über die Selbsttötungen in Baden im Jahre 1930 bringen zunächst die in dieser Zeit der wirtschaftlichen und seelischen Depression überraschende Feststellung, daß die Zahl der Personen, die freiwillig aus dem Leben geschieden sind, gegen das Vorjahr um 27 zurückgegangen ist; sie betrug 596 gegen 623 im Jahre 1929. Allerdings muß bei diesem Rückgang berücksichtigt werden, daß die Selbstmordzahl im Jahre 1929 sehr hoch war; sie war von 512 im Jahr 1928 auf 623 im Jahr 1929, also um 111, emporgeschwollen.

Nach dem Geschlecht

Obwohl es in Baden, wie im Reich, mehr Frauen als Männer gibt (nach der Volkszählung 1925 kamen in Baden auf 100 Männer 107 Frauen), stellt das weibliche Geschlecht doch nur etwas mehr als ein Fünftel aller ermittelten Selbstmordfälle; von den 596 Selbstmördern des Jahres 1930 waren 457 männlichen und 139 weiblichen Geschlechts. Die Selbstmordzahl der Frauen hat sich übrigens in den letzten Jahren kaum wesentlich verändert, während sich bei den Männern größere Schwankungen mit einer im ganzen steigenden Tendenz beobachten lassen.

Nach dem Alter

Bemerkenswert ist, daß bei den Männern gerade das reife Alter von 50—60 Jahren am meisten zum Freitod neigt; auf diese Altersgruppe kommen 105 Fälle. Es folgt dann die Altersstufe von 20—30 Jahren mit 85 Fällen, hieran schließen sich jene von 40—50 Jahren mit 78, von 60—70 Jahren mit 69 und von 30—40 Jahren mit 57 Selbsttötungen. Über 70 Jahre alt waren 41 Selbstmörder, von den 27 jungen Männern unter 20 Jahren zählte keiner weniger als 15 Jahre. Bei dem weiblichen Geschlecht steht die Altersgruppe von 40—50 Jahren mit 34 Fällen an erster Stelle. Dann folgen zunächst — ebenfalls an zweiter Stelle — jene von 20—30 Jahren mit 29, ferner die Gruppen von 30—40 Jahren mit 26, von 50—60 Jahren mit 21 und von 60—70 Jahren mit 11 Fällen. Im Alter über 70 Jahren töteten sich 8 Frauen, unter 20 Jahren 10. Unter den letzteren befindet sich auch ein Mädchen im Alter von 14 bis 15 Jahren. Kinderdelfelsterben werden seltener. Während in der Zeit von 1911 bis 1920 noch 26 Kinder unter 14 Jahren (hierunter 8 Mädchen), also im Jahresdurchschnitt 2,6 Kinder sich das Leben nahmen, waren es in der Zeit von 1921 bis 1930 nur noch 13 (darunter 3 Mädchen), was einem Jahresdurchschnitt von 1,3 entspricht. Seit dem Jahre 1927 ist kein Selbstmord von Kindern unter 14 Jahren mehr vorgekommen.

Nach dem Familienstand

Der harte Kampf um die wirtschaftliche Existenz, der bei der hohen Zahl der Selbsttötungen von Männern gewiß eine besondere Rolle spielt, läßt wohl zum Teil auch die Tatsache erklären, daß die Selbsttötungen der verheirateten Männer, auf denen die Sorge der Familie lastet, seit einigen Jahren jene der ledigen übersteigen. Die 304 Verheirateten, die sich im Jahre 1930 das Leben nahmen, verteilen sich auf 238 Männer und 66 Frauen. Die Zahl der berechneten Selbstmörderinnen ist während der letzten Jahre nahezu gleich geblieben, während im Gegensatz hierzu die Selbstmordzahlen der Ehemänner ständig im Steigen begriffen sind. Bei den Geschiedenen (15 Selbstmördern überwiegen — auch dies dürfte psychologisch beachtenswert sein — die Frauen (8). Von den 207 Ledigen, die sich entleierten, war fast genau ein Viertel weiblichen Geschlechts.

Nach dem Berufe

Untersucht man die Selbstmordziffern des Jahres 1930 nach den wichtigsten Berufen, so fällt zunächst die große Zahl von Selbsttötungen bei den nichtselbständigen Berufen auf. Hier stehen die männlichen Industriearbeiter mit 106 an der Spitze, es folgen die kaufmännischen Angestellten mit 44, die nicht selbständigen Handwerker mit 41, die landwirtschaftlichen Dienstleute, Tagelöhner usw. mit 40 und die gewerblichen Tagelöhner mit 20. Bei der Landwirtschaft überwiegen die Selbsttötungen der selbständigen Landwirte (mit 61) jene der Nichtselbständigen. Von Handwerksmeistern töteten sich 36, von selbständigen Kaufleuten 14, von Fabrikanten 7. Die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten weisen 22 Selbstmorde auf. Wenige oder gar keine Fälle von Freitod verzeichnen die freien Berufe. Bei den Frauen stellen die Landwirtschaftsfrauen und -witwen die höchste Ziffer mit 19, dann folgen die Ehefrauen aus dem Beamtenstand mit 17, die Industriearbeiterfrauen und die Hausangestellten mit je 14, die Kaufmanns- und Dienstmädchen, Rentnerinnen und die Fabrikarbeiterinnen mit je 6.

Nach der Religionszugehörigkeit

In Baden sind, wie bekannt, 38,7 Prozent der Bevölkerung evangelisch und 58,4 Prozent katholisch. Die Selbstmordzahlen bei den Angehörigen dieser beiden christlichen Konfessionen ergeben beinahe das umgekehrte Verhältnis, nämlich 50,8 v. H. auf den evangelischen und 40,1 v. H. auf den katholischen Volksteil. Betrachtet man die Selbsttötung der Frauen für sich, so macht der katholische Anteil der Selbstmörderinnen sogar nur 36,0 v. H., der der evangelischen dagegen 51,8 v. H. aus. Von Personen jüdischen Glaubens nahmen sich 4 (3 männliche und 1 weibliche) das Leben.

